

- **Kommunalwahl 2026 - Jugendpolitische Forderungen**

S. 2

- **Einsamkeit und mentale Gesundheit junger Menschen in Niedersachsen**

S. 4

- **Generationengerechtigkeit braucht Beteiligung - jetzt!**

S. 6

- **Nein zur Wehrpflicht und Zwangsdiensten - für jugendliche Selbstbestimmung**

S. 8

- **Verdienstaufschlag**

S. 10

- **Stärkung der Ausgestaltung und Finanzierung der Freiwilligendienste - junge Menschen beteiligen**

S. 11

- **Kinderrechte schützen statt pauschale Verbote für soziale Medien**

S. 12

## **Kommunalwahl 2026 - Jugendpolitische Forderungen**

Der Landesjugendring Niedersachsen setzt sich für eine kinder- und jugendgerechte Kommunalpolitik ein, die jungen Menschen echte Chancen, Beteiligung und verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Kommunen sind Lebensorte junger Menschen – hier entscheidet sich, ob sie sich entfalten, beteiligen und sicher aufwachsen können. Deshalb fordert der Landesjugendring, Jugendarbeit, politische Jugendbeteiligung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität und Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgaben vor Ort verbindlich zu gestalten.

### **Förderung der Jugendarbeit**

Jugendarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe, Demokratiebildung, Inklusion und Persönlichkeitsentwicklung. Eine flächendeckende und gut ausgestattete Jugendförderung muss daher gewährleistet und langfristig finanziell abgesichert werden – insbesondere für kommunale Jugendringe als zentrale Koordinations- und Vertretungsstrukturen der jungen Generation. Bürokratische Hürden sind deutlich abzubauen, damit Fördermittel niedrigschwelliger beantragt und abgerechnet werden können. Ebenso braucht Jugendarbeit Räume, die sicher und dauerhaft zur Verfügung stehen: Offene Treffpunkte, Begegnungsorte und nicht-kommerzielle Freiflächen dürfen nicht verloren gehen, denn Jugend braucht Räume – überall in Niedersachsen.

Jugendarbeit ist eine wesentliche kommunale Infrastrukturleistung und darf nicht als freiwillige Aufgabe verstanden werden – sie ist Pflichtaufgabe und muss verbindlich gefördert werden!

### **Politische Jugendbeteiligung**

Junge Menschen sind Expert\*innen ihres eigenen Lebens. Kommunale Entscheidungen müssen sie daher verbindlich mitgestalten können. Die gesetzliche Grundlage zur Beteiligung junger Menschen (§ 36 NKomVG) muss in allen Kommunen konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Beteiligung muss vielfältig, niedrigschwellig und jugendgerecht organisiert sein – nicht beschränkt auf wenige Jugendparlamente oder -räte, die überwiegend elitär besetzt sind. Jugendringe müssen als demokratisch legitimierte Interessenvertretungen junger Menschen mit strukturell verankerten Mitspracherechten ausgestattet werden. Darüber hinaus muss Politik junge Menschen ernst nehmen – auch im Wahlprozess: Das Wahlalter soll auf 14 Jahre gesenkt werden.

### **Gerechtigkeit - sozial und nachhaltig**

Soziale Gerechtigkeit ist die Grundvoraussetzung für echte Teilhabe. Junge Menschen dürfen nicht wegen ihrer sozialen oder finanziellen Hintergründe und insbesondere nicht abhängig ihres Wohnorts benachteiligt werden – gleichwertige Lebensverhältnisse müssen überall gewährleistet sein. Deshalb braucht es einen kostengünstigen und verlässlich ausgebauten ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum. Es bedarf einer starken Förderung von Freizeiten, Jugendzentren, Kultur- und Bildungsangeboten zu jugendgerechten Öffnungszeiten und die Schaffung von Räumen ohne Konsumzwang.

Eine zukunftsfähige Jugendpolitik muss zudem Mobilität und Infrastruktur neu denken: Mobilität beginnt beim Menschen und muss allen jungen Menschen verlässliche Wege zu Bildung, Freizeit und Begegnung ermöglichen. Dazu gehören moderne Mobilitätskonzepte wie bedarfsgerechter On-Demand-Verkehr, mehr Carsharing-Angebote im ländlichen Raum sowie eine sichere Rad- und Fußwegeinfrastruktur.

Bezahlbares und junges Wohnen muss durch kommunale- und Landesverantwortung

sichergestellt werden. Sozial orientierte Wohnraumpolitik, Übergangswohnangebote wie Azubi-Wohnheime (eng verknüpft mit der Gründung von Azubiwerken) und der Erhalt nicht-kommerzieller Räume, die Lebensqualität und Zusammenhalt stiften, sind notwendige Gestaltungselemente der Kommunen. Das Land Niedersachsen, insbesondere die Landesregierung, muss dafür die entsprechenden Weichen stellen und die Finanzierung sicherstellen.

Schließlich ist der Klimaschutz eine zentrale generationengerechte Aufgabe. Die Verkehrswende muss vorankommen, Flächenplanung muss ökologisch verantwortungsvoll erfolgen und Klimabildung muss in Schulen wie in der außerschulischen Jugendarbeit gestärkt werden. Räume der Jugendarbeit sind nachhaltig zu sanieren und kommunale Einrichtungen sollen klimafreundlich wirtschaften. Kommunen tragen Verantwortung dafür, jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft zu sichern - und sie müssen diese Zukunft gemeinsam mit ihnen gestalten.

Die Kommune muss als handlungsfähiger Staat erlebbar bleiben - erreichbar, gerecht und wirksam.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert zur Kommunalwahl 2026:

Eine Politik, die junge Menschen als vollwertige Bürger\*innen anerkennt - mit Recht dem Recht auf Wahlbeteiligung ab 14, mit Ressourcen, die für alle zugänglich sind und mit echter Gestaltungsmacht.

Nur so bleiben unsere Städte und Gemeinden lebenswert und lebendig - heute und für kommende Generationen.

## **Einsamkeit und mentale Gesundheit junger Menschen in Niedersachsen**

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen fordert die Landespolitik auf, **Einsamkeit und mentale Gesundheit junger Menschen** als dringende gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzuerkennen und strukturelle, ressortübergreifende Maßnahmen umzusetzen.

Einsamkeit ist auch unter jungen Menschen ein wachsendes Phänomen, insbesondere in der Folge der Corona-Pandemie. Sie betrifft Menschen aus allen Altersklassen und sozialen und kulturellen Hintergründen. Eine steigende Anzahl von psychischen Belastungen und Krankheitsbildern wird u.a. auch auf die steigende Einsamkeit unter jungen Menschen zurückgeführt. Dazu kommt, dass einsame junge Menschen statistisch öfter an der Demokratie zweifeln und sich menschenfeindlichen politischen Ideologien anschließen. Der Anstieg dieser Belastungen deckt sich mit unseren Erfahrungen aus unserer alltäglichen Arbeit. Wir bemerken diesen Anstieg sowohl bei unseren Mitgliedern wie auch bei den Teilnehmenden an unseren Freizeit- und Bildungsmaßnahmen. Viele Menschen suchen wegen ihrer mentalen Gesundheit psychologische Hilfe, jedoch sind die Wartezeiten auf Therapieplätze meist mehrere Monate lang.

Wir sind dankbar, dass das Thema bereits politisch erkannt worden ist und behandelt wird. So konnte hierzu bereits im Frühjahr 2024 ein Entschließungsantrag des Landtags beschlossen werden. Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass sich die politische Diskussion oft auf Einsamkeit im Alter fokussiert und das Thema in den vergangenen Monaten aus dem politischen Raum verschwindet. Für uns ist klar: Der Kampf gegen Einsamkeit braucht einen längeren Atem. Dazu stellen wir folgende Forderungen an die niedersächsische Landespolitik:

- **Verankerung als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe**

Einsamkeit und mentale Gesundheit junger Menschen müssen in den jugend-, schul- und gesundheitspolitischen Strategien des Landes systematisch berücksichtigt werden. Dabei sollte auch ein Blick auf systemische Ursachen von Einsamkeit geworfen werden, insbesondere kapitalistische, neoliberale Logiken von Konkurrenz und „Leistung“. Dafür muss eine Ressortübergreifende Arbeitsgruppe gegründet werden, die konkrete Strategien und Maßnahmen erarbeitet.

- **Förderung und Ausbau von sozialen Begegnungsräumen**

Langfristige und finanzierte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Vereinsstrukturen müssen gestärkt werden, insbesondere in ländlichen Regionen.

- **Ausbau niedrigschwelliger Unterstützungs- und Beratungsangebote**

Barrierefreie, kostenfreie psychosoziale Angebote müssen in allen Regionen Niedersachsens verfügbar gemacht werden – ergänzt durch digitale und mobile Hilfen.

- **Prävention und Bildung für psychische Gesundheit**

Schulen, Jugendzentren und außerschulische Lernorte müssen systematisch mit Programmen zur Stärkung sozialer Kompetenzen, Resilienz sowie Einsamkeits- und Stressbewältigung ausgestattet werden.

- **Verbesserung der therapeutischen Versorgungslage**

In Krisensituationen soll jede\*r die Möglichkeit haben ambulant und stationär Hilfe zu bekommen, ohne darauf Wochen und Monate warten zu müssen. Dafür muss die psychotherapeutische Ausbildung gestärkt, ausfinanziert und durch bessere Ausbildungsbedingungen attraktiver gemacht werden.

- **Beteiligung junger Menschen**

Junge Menschen sollen aktiv in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen zur Förderung mentaler Gesundheit und sozialer Teilhabe eingebunden werden.

- **Unterstützung besonders belasteter Gruppen**

Besondere Aufmerksamkeit gilt armutsbetroffenen, queeren, behinderten, migrantischen oder anderweitig marginalisierten jungen Menschen für die Einsamkeit und psychische Belastungen oft stärker ausgeprägt sind.

## **Generationengerechtigkeit braucht Beteiligung - jetzt!**

Eine generationengerechte Politik kann nur gelingen, wenn junge Menschen systematisch, frühzeitig und wirksam in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Junge Menschen sind keine zukünftigen Stakeholder\*innen, sondern politische Akteur\*innen der Gegenwart.

Politische Entscheidungen entfalten häufig langfristige Wirkungen, die junge Menschen über Jahrzehnte tragen werden. Umso problematischer ist es, dass ihre Perspektiven in vielen zentralen politischen Debatten bislang nur unzureichend berücksichtigt werden. Der LJR Niedersachsen sieht es daher als seine Aufgabe, sich gegenüber der Landespolitik klar zu positionieren: Beteiligung junger Menschen ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern eine demokratische Notwendigkeit. Junge Menschen erleben ein Gefühl politischer Fremdbestimmung, weil sich die politische Macht aufgrund des demographischen Übergewichts bei älteren Generationen sammelt.

Ein positives Beispiel für eine gelingende Beteiligung junger Menschen stellt der laufende Novellierungsprozess des Jugendförderungsgesetzes in Niedersachsen dar. Hier werden Jugendverbände und junge Menschen aktiv in den politischen Prozess einbezogen. Beteiligung findet nicht erst am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens statt, sondern bereits in der Bedarfserhebung und inhaltlichen Ausgestaltung. Dieses Vorgehen zeigt, dass politische Prozesse transparenter, tragfähiger und generationengerechter werden, wenn junge Stimmen ernsthaft eingebunden werden. Der LJR fordert das Land Niedersachsen auf, diesen Ansatz als Best-Practice-Modell zu verstehen und auf weitere Politikfelder zu übertragen.

Demgegenüber stehen zahlreiche Negativbeispiele, die verdeutlichen, wie politische Entscheidungen derzeit häufig ohne angemessene Jugendbeteiligung getroffen werden. Auf Bundesebene zeigt sich dies etwa in der Rentenreform, bei der die langfristigen finanziellen Lasten maßgeblich von jungen Generationen getragen werden sollen, ohne dass diese strukturell in die Entscheidungsfindung einbezogen wurden. Ähnlich verhält es sich mit der Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht: Obwohl junge Menschen unmittelbar betroffen wären, bleiben ihre Perspektiven in der politischen Debatte randständig und kommen im öffentlichen Diskurs kaum vor.

Auch auf Landesebene sieht der Landesjugendring Anlass zur Kritik. Die Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur erfolgte weitgehend intransparent und ohne erkennbare systematische Beteiligung junger Menschen oder ihrer Interessenvertretungen. Dabei prägen Investitionen in Infrastruktur – etwa in Mobilität, Bildung, Digitalisierung oder soziale Räume – die Lebensrealitäten junger Menschen in besonderem Maße. Insbesondere die Absage an Investitionen in unsere Bildungsstätten hat uns schwer enttäuscht. Eine generationengerechte Ausgestaltung solcher Programme ist ohne Jugendbeteiligung nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landesjugendring Niedersachsen das Land Niedersachsen und die Landespolitik ausdrücklich auf,

- verbindliche Beteiligungsstrukturen für junge Menschen in landespolitischen Entscheidungsprozessen zu schaffen, insbesondere bei Gesetzesvorhaben und Förderprogrammen mit langfristigen Auswirkungen,
- Jugendbeteiligung als Qualitätsmerkmal politischer Prozesse zu verankern, etwa durch die Einführung eines Jugend- oder Generationenchecks auf Landesebene,

- bestehende Beteiligungsformate wie Jugenddialoge, Anhörungen oder projektbezogene Beteiligungsverfahren frühzeitig, transparent und wirkungsvoll auszugestalten,
- Jugendverbände und ihre demokratisch legitimierten Strukturen als zentrale Akteur\*innen politischer Beteiligung anzuerkennen und entsprechend einzubinden und im Zuge dessen auch ihre finanzielle Grundlage zu sichern,
- eine Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre sowie den Einsatz für eine entsprechende Wahlaltersabsenkung auf der Bundesebene für Bundestags- und Europawahlen.

Der LJR Niedersachsen betont: Beteiligung darf sich nicht auf punktuelle Anhörungen oder symbolische Formate beschränken. Junge Menschen müssen reale Einflussmöglichkeiten erhalten - insbesondere dort, wo politische Entscheidungen ihre Zukunft unmittelbar betreffen. Nur so kann Vertrauen in demokratische Prozesse gestärkt und Politik langfristig tragfähig gestaltet werden.

Mit dieser Positionierung bekräftigt der Landesjugendring Niedersachsen seinen Anspruch, sich weiterhin aktiv und kritisch in den politischen Diskurs einzubringen und gegenüber der Landespolitik konsequent für die Rechte, Interessen und Perspektiven junger Menschen einzutreten.

## **Nein zur Wehrpflicht und Zwangsdiensten - für jugendliche Selbstbestimmung**

Vor dem Hintergrund geopolitischer Bedrohungsszenarien für den deutschen Staat, treibt die aktuelle Bundesregierung den Aufbau militärischer Infrastruktur in Deutschland weiter voran. In diesem Rahmen hat der Deutsche Bundestag im Dezember 2025 das Wehrpflichtmodernisierungsgesetz verabschiedet. Inhalt dieses Gesetzes ist, dass alle 18-jährigen Männer und Frauen ab Anfang 2026 einen Fragebogen erhalten, durch den ihre Motivation und Eignung für den Dienst in den Streitkräften ermittelt wird. Für Männer ist die Beantwortung des Fragebogens verpflichtend, für Frauen freiwillig. Für alle Männer, die ab dem 1. Januar 2008 geboren wurden, wird die Musterung wieder zur Pflicht.

Das Gesetz ist für die Bundesregierung ein weiterer Schritt hin zur „Kriegstüchtigkeit“, um den Staat im Zweifel gegen denjenigen zu verteidigen, der gerade am bedrohlichsten erscheint. Wir wollen nicht „kriegstüchtig“ sein. Wir wollen nicht in Kriege hineingezogen werden, die von denen geführt werden, die den Planeten zerstören und unsere soziale Absicherung abbauen. Wir wollen eine Welt, in der junge Menschen einfach jung sein dürfen, sich ausprobieren, lernen, sich entfalten und wachsen, kurz: ihr Leben leben können. Dazu braucht es eine Welt, in der geopolitische Konflikte auf diplomatischem Wege gelöst werden.

Daher kritisiert der Landesjugendring Niedersachsen e.V. das Wehrpflichtmodernisierungsgesetz klar und macht deutlich:

- Jede Form der Wehrrfassung lehnen wir ab.
- Das Recht auf Wehrdienstverweigerung soll gestärkt werden. Es dürfen Kriegsdienstverweiger\*innen keine Nachteile entstehen, insbesondere kein verpflichtender Sozial- oder Gesellschaftsdienst.
- Es soll weder eine Wehrpflicht noch eine Bedarfswahrpflicht eingeführt werden, denn sonst sind im Krisenfall insbesondere junge Menschen die Leidtragenden von militärischen Konflikten.
- Soziale oder gesellschaftliche Pflichtdienste – egal unter welchem Namen – dürfen nicht eingeführt werden.
- Junge Menschen müssen immer die Möglichkeit haben, selbstbestimmt und unabhängig über ihr eigenes Leben entscheiden zu können.
- der Landesjugendring regt seine Mitglieder an, Demos von Schüler\*innen gegen Wehrdienst und andere Pflichtdienste zu unterstützen.

Des Weiteren setzt sich der Landesjugendring Niedersachsen e.V. gegen die Normalisierung von Kriegen und Armeen ein. Wir wollen die Bundeswehr weder bei uns an Schule, an der Uni, noch bei uns in der Ausbildung!

Wir beurteilen die Werbung der Bundeswehr an Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten als problematisch, da sie gezielt junge Menschen in Lern- und Entwicklungsphasen anspricht, in denen sie besonders beeinflussbar sind. So kann die Entscheidungsfreiheit über einen Wehrdienst beeinträchtigt werden.

Der Wehrdienst ist im Vergleich zu den Freiwilligendiensten finanziell deutlich besser ausgestattet. Damit ist die Freiwilligkeit des Wehrdienstes nur eingeschränkt gegeben, denn finanzielle Anreize haben für viele junge Menschen einen relevanten Einfluss bei ihrer Entscheidungsfindung.

Gesellschaftliches Engagement lässt sich nicht erzwingen, sondern entsteht aus Freiwilligkeit, deren zentrale Grundlage die Prinzipien der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung

bilden. Bund und Länder sollten daher gemeinsam Freiwilligendienste ansprechender gestalten.

Der Fokus der Bundesregierung sollte darauf liegen, Freiwilligendienste ansprechender zu gestalten.

Daher fordern wir:

- Die Erhöhung der Taschengelder für Freiwilligendienstleistende
- Ein kostenfreies Deutschland-Ticket für Freiwilligendienstleistende
- Umfangreiche finanzielle Ausstattung der Träger von Freiwilligendiensten
- Fördermöglichkeiten für Einsatzstellen, um die Qualität des Freiwilligendienstes zu verbessern

## **Verdienstaufschlag**

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, das Verfahren zur Erstattung von Verdienstaufschlag im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie in der Jugendverbandsarbeit weiterzuentwickeln.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte sicherzustellen:

1. Die Erstattung des Verdienstaufschlags ist dauerhaft mit ausreichenden finanziellen Ressourcen auszustatten.
2. Die Freistellung unter Lohnfortzahlung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für bis zu zwölf Tage im Jahr zu ermöglichen.
3. Die Erstattung der Bruttopersonalkosten für die individuelle Einsatzzeit der ehrenamtlichen Person erfolgt durch eine direkte Abrechnung der Arbeitgeber\*innen mit dem Land.
4. Das Verfahren ist so auszugestalten, dass der administrative Aufwand für die ehrenamtlich Engagierten sowie für Arbeitgeber\*innen deutlich reduziert wird.

## **Stärkung der Ausgestaltung und Finanzierung der Freiwilligendienste - junge Menschen beteiligen**

Der Landesjugendring fordert die Landesregierung auf, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Ausgestaltung und Finanzierung der Freiwilligendienste deutlich gestärkt wird. Freiwilligendienste müssen langfristig gesichert, qualitativ weiterentwickelt und für junge Menschen verlässlich zugänglich sein.

Dabei soll die Landesregierung insbesondere darauf hinwirken, dass:

- die finanzielle Ausstattung der Freiwilligendienste deutlich erhöht wird, um steigenden Kosten gerecht zu werden,
- Freiwillige nicht von finanziellen Hürden ausgeschlossen werden und Freiwilligendienste für alle jungen Menschen offen bleiben,
- Träger und Einsatzstellen Planungssicherheit erhalten und stabile Strukturen gesichert werden,
- ein kostenloses Deutschlandticket für Freiwilligendienstleistende eingeführt wird
- neue Konzepte, Reformen oder strukturelle Veränderungen im Bereich der Freiwilligendienste nicht ohne die Perspektive junger Menschen erfolgen.

Die Vollversammlung fordert ausdrücklich, dass junge Menschen bei der Erarbeitung neuer Konzepte und Reformvorhaben verbindlich beteiligt werden.

## **Kinderrechte schützen statt pauschale Verbote für soziale Medien**

Der Landesjugendring Niedersachsen stellt in der aktuellen Debatte über Social-Media-Verbote für Kinder seine Haltung zum Umgang mit digitalen Medien klar.

Für uns als Landesjugendring steht die Wahrung der Kinderrechte an erster Stelle, wenn über Kinder gesprochen wird. Dazu gehört auch unbedingt, dass nicht nur über sie, sondern auch mit ihnen gesprochen wird und die Haltung von jungen Menschen in der Debatte mit einfließt. Wir stellen fest, dass dies in der Debatte über ein Social-Media-Verbot für Kinder nicht geschieht. Deshalb erhebt der Landesjugendring für junge Menschen seine Stimme und stellt folgendes klar: Kinderrechte wahren heißt nicht nur, Kinder zu schützen, sondern auch ihre Teilhabe an der Gesellschaft sicherzustellen.

Ein pauschales Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche verletzt in diesem Zusammenhang elementar die UN-Kinderrechtskonvention, weil sie Kinder von der gesellschaftlichen Teilhabe im digitalen Raum ausschließt. Statt Altersbeschränkungen für alle digitalen Plattformen des Austausches zu verhängen, müssen die bestehenden Mechanismen effektiv angewandt werden. Der Digital Service Act der Europäischen Union und das Jugendschutzgesetz ermöglicht bereits einen guten Kinderschutz, wenn dieser angewandt wird, was bisher nicht ausreichend geschieht.

- Der Landesjugendring Niedersachsen lehnt pauschale Verbote sozialer Medien für Kinder und Jugendliche ab.
- Kinder und Jugendliche müssen in der Debatte beteiligt werden und ihre Erfahrungen mit sozialen Medien teilen können.
- Soziale Medien selbst müssen reguliert werden. Sie sind datensicherer, mit überwachungsarmer Nutzung, mit Safety-by-default, einer algorithmischen Steuerung nur per Opt-in und durch Transparenz bei KI-generierten Inhalten zu gestalten. Ebenso ist die Regulierung aller Mechanismen, die auf lange Verweildauer und Verhaltenslenkung ausgelegt sind, notwendig.
- Förderung der Medienkompetenz bei jungen Menschen darf nicht zur untergeordneten Maßnahme werden. Der Erwerb von Medienkompetenz durch qualifizierte medienpädagogische Angebote muss stärker gefördert werden und in den Haushalten von Bund und Ländern verankert sein. Dabei ist insbesondere auch der Bereich der außerschulischen Bildung in den Blick zu nehmen. Zeitgleich dürfen wir nicht aus den Augen lassen, dass die Förderung von Medienkompetenz alle Generationen betrifft - nicht nur junge Menschen.